

Akademie der
Toblacher Gespräche

Accademia dei
Colloqui di Dobbiaco



Giuseppe De Marzo

Buen vivir. Von den Alpen bis zu den Anden

Buen vivir. Von den Alpen bis zu den Anden

Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Schutz der Gemeingüter, verschiedenen Entwicklungsmodellen und Demokratie? Wir sind nicht nur davon überzeugt, dass es ihn gibt, sondern dass er auch einen entscheidenden Einfluss auf die Art und Qualität der Beteiligung, des Lebens und des Zugangs zu grundlegenden Gütern und Dienstleistungen für alle hat. Es zeigt sich sehr deutlich, dass die Krise – die nicht nur eine Wirtschaftskrise ist, sondern auch die Ökologie, die Migrationsbewegungen, das Finanzwesen, den Nahrungsmittelsektor und die Energieversorgung umfasst – in Europa und weltweit de facto mit dem Scheitern des völlig überholten, ungerechten, untragbaren und auf Ausschluss aufbauenden kapitalistischen Modells gleichzusetzen ist. Auch die wissenschaftliche Evidenz zeigt eindeutig, dass eine Systemkrise nicht durch die Parameter, Texte und Paradigmen des 20. Jahrhunderts überwunden werden kann, da sie alle nicht geeignet sind, die größte Gefahr für die Menschheit abzuwenden, nämlich die ökologische Krise und die Auswirkungen des Klimawandels.

Die zweifelsohne umfassenden Antworten auf die absolut legitimen Forderungen nach Gerechtigkeit und Emanzipation, wie sie die alten Kategorien der Sozialdemokratie, des Kommunismus und des Sozialismus boten, funktionieren nicht, wenn es darum geht, mit der Komplexität und den Folgen der Krisen umzugehen und gleichzeitig eine starke und sozial attraktive Alternative aufzuzeigen. Darüber hinaus wird es wieder notwendig, auf internationaler Ebene etwas zu schaffen, das reale Möglichkeiten für alle und eine Alternative zur globalen Hegemonie des kapitalistischen Modells bietet. Dazu bedarf es einer Rekonstruktion der Kategorien, einer genauen Analyse der Neuerungen und damit verbundenen Möglichkeiten sowie einer neuen und wirksamen Sprache als unabdingbare Instrumente für politische und soziale Kräfte, die sich um eine Veränderung der aktuellen Lebensbedingungen bemühen. Angesichts der Überforderung der klassischen Parteien - die sich als demokratisch, progressiv und ökologisch bezeichnen – erscheint die Notwendigkeit einer neuen Ontologie und Epistemologie der Sprache als Grundlage für eine neue Theorie der sozialen Emanzipation dringlicher denn je. Diese Überforderung widerspiegelt sich in der Unfähigkeit dieser Kräfte, die Qualität der Krise korrekt einzuschätzen, die im Jahre 2008 auch Europa getroffen hat, ebenso wie in ihrer Unfähigkeit, eine reale Alternative zum einem untergehenden Modell – dem kapitalistischen - anzubieten, das gerade deshalb umso zerstörerischer wirkt, weil es in Krise ist. Genau diese Unfähigkeit hat auch dazu geführt, dass Europa heute in völlig falschen Lösungsvorschlägen für diese Krise verharrt, infolge derer nur ein einziges Denkmodell vorherrscht und jene Kräfte, die eigentlich eine Alternative erschaffen sollten, gelähmt sind. Dies erklärt das wiederholte Scheitern der aufgezeigten Vorschläge und das Entstehen alternativer politischer Subjekte an der Basis, die damit begonnen haben, durch neue Formen offener, demokratischer und gemeinschaftlicher Beteiligung eine Alternative zum kapitalistischen Modell zu erschaffen. Es sind heute gerade die

neuen sozialen Bewegungen, die diese Forderung nach neuen „Werten“ aufgreifen und so jenes Perspektivenvakuum füllen, und damit eine Funktion erfüllen, für die eigentlich die politischen Parteien zuständig wären.

Alle seit Beginn der Finanzkrise von den internationalen Behörden ausgearbeiteten Initiativen sind völlig gescheitert. Deshalb ist es nur allzu verständlich, dass die europäische Öffentlichkeit an der Wirksamkeit der umgesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen zweifelt. Begriffe wie Ausgabenkürzungen, Wirtschaftswachstum, Deregulierung des Arbeitsmarktes oder Wettbewerbsfähigkeit werden von breiten Bevölkerungsgruppen als absolut irreführend wahrgenommen. De facto verbergen sie ein gut gehütetes Geheimnis: die unabdingbare Notwendigkeit, auch weiterhin Profite zu erzielen, und die Krise als Entschuldigung dafür heranzuziehen. Somit ist es jedoch keine Krise mehr, sondern ein kolossaler Betrug. Und genau dies zeigen die *Indignados*, die empörten Bürgerinnen und Bürger aus ganz Europa sehr deutlich auf.

Als Beweis für diesen Betrug reicht eine einzige Zahl: Die Nettogewinne der 7+1 Schwestern der Erdölindustrie im ersten Quartal dieses Jahres belaufen sich auf 38,85 Milliarden Dollar. 2010 hatten Ihre Nettogewinne 29,42 Milliarden Dollar betragen. Die acht großen Erdölkonzerne machen also trotz Krise, trotz der vielen Kriege um das Erdöl und trotz der zahllosen Opfer zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung weiterhin Schwindel erregende Gewinne und werden ständig größer. Wie ist das möglich? Wo bleiben die Auswirkungen der Krise für diese Unternehmen oder für ihre Manager? Man könnte auch sagen: Krise = die Reichen werden immer reicher und die Armen immer ärmer. Deshalb wäre es wichtig, dass auch wir Bürgerinnen und Bürger Italiens endlich damit beginnen, über diesen kolossalen Betrug zu reden, den das kapitalistische System zu unseren Lasten auslebt. Der Verweis auf die so genannte „Krise“ dient also vorwiegend dazu, Ausgabenkürzungen und Maßnahmen zur angeblichen Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu rechtfertigen! Genau darin liegt auch die subtile Kraft der kapitalistischen Ideologie, die Schockstrategie. Dabei wissen wir inzwischen, dass Liberalismus als Reaktion auf einen Jahrhundertschock in keiner Weise zu einer Revision der eigenen Doktrin führt, sondern viel mehr das stärkt, was vorher versagt hatte. Es gibt also dieses dem Kapitalismus inhärente Bestehen auf Wettbewerbsfähigkeit und Kürzung der öffentlichen Ausgaben als Antwort auf die eigene Krise. Dies führt aber zu einer Ausweitung der Systemkrise, die zu einem kolossalen Betrug heranwächst. Man bedenke nur, dass die Mehrheit der Bevölkerung immer ärmer wird, während sich große Unternehmen und Unternehmerverbände bereichern und deshalb auch genau jene skrupellosen Manager fördern, die auf Kosten der Arbeitenden Geld machen.

Viele fragen sich heute, wozu wir eigentlich weiterhin Opfer bringen und Parteien wählen sollten, die sich in ihrer Wirtschaftspolitik in nichts unterscheiden. Genau hier liegen die Gründe für die Empörung und Wut, die in letzter Zeit die Massen bewegten und die Forderung nach mehr Demokratie, sozial gerechten Löhnen, einer ökologischen Umgestaltung der Industrie und dem Schutz der Allgemeingüter mit sich brachten. Diese sehr einfachen und doch wirksamen Vorschläge könnten einen Weg darstellen, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Die politischen Akteure, die in Folge der Krise ihrer Empörung Ausdruck verliehen, sind der Beginn von etwas Neuem: Sie sind von einer ideologischen Kraft geprägt, die für all die vielen Theoretiker des Niedergangs der Ideologien völlig unerwartet kommt. Man bedenke nur, dass diese Massenbewegungen in der Vergangenheit immer wieder als Anti-Politik bezeichnet wurden. Bereits vor 20 Jahren entstand in den sogenannten Entwicklungsländern die ökologische Widerstandsbewegung der Armen, der „Environmentalism of the Poor“ als Antwort auf die neuen ökologischen Verteilungskonflikte. Die Verschärfung der ökologischen und strukturellen Krise des kapitalistischen Werte- und Beziehungssystems bildete in den letzten Jahren die Grundlage für die Entstehung von Bewegungen auch in den „reichen“ Ländern des Nordens, die Theorie und Praxis dieser ersten Widerstandsbewegungen teilen. Man könnte heute bereits von einer neuen „Internationale der Erde“ sprechen, deren Wurzeln im Kampf um den Schutz der Allgemeingüter und der sozialen, wirtschaftlichen und Umweltrechte weltweit liegen. Inzwischen sind diese Entwicklungen auch in Italien angekommen, mit Tausenden von Komitees, Vereinigungen, Bewegungen und Gruppierungen, die sich in diesen Jahren der Krise und betrügerischen Machenschaften gebildet haben. Der historische Sieg bei den Volksbefragungen vom 12. und 13. Juni dieses Jahres hat gezeigt, welch enormes Potential hier liegt: Die Tatsache, dass es gelungen ist, 27 Millionen italienische Bürgerinnen und Bürger mit Themen zu befassen, die von der traditionellen Politik ignoriert oder zensuriert wurden, ist ein offensichtlicher Beweis dafür, dass Partizipation wieder zu einem entscheidenden Faktor für die Qualität der Demokratie geworden ist. Der wahre Erfolgsfaktor der Bürgerbeteiligung liegt in den neuen Methoden und Praktiken der letzten zehn Jahre, die einen endgültigen Bruch mit den hierarchisch geprägten Modellen der Vergangenheit bedeuten.

Wir stehen heute am Beginn einer neuen historischen Epoche, deren Umriss noch völlig offen sind. Dabei geht es in erster Linie um eine genaue Analyse der heutigen Krise durch einen pluralistischen, interdisziplinären und auf einer Vielzahl von Kriterien aufbauenden Ansatz. Man könnte in diesem Sinne von einer Strukturkrise sprechen, die das Ende des Paradigmas der westlichen Zivilisation bedeutet. „Degenerierte Demokratie“ und „Entwicklungspathologie“ sind Produkte dieser Krise und für die Menschheit tödliche Erkrankungen, da sie - zum ersten Mal in der Geschichte – die Reproduzierbarkeit der Lebensbedingungen gefährden. Genau deshalb ist es

heute wichtiger denn je, nicht mehr von Produktivität des „Kapitals“ und der „Arbeit“ zu sprechen, sondern von Produktivität der Ressourcen. Die „biologische Reproduktion“ wird zu einem ebenso zentralen Element wie die Notwendigkeit einer neuen Epistemologie der Sprache als reale Antwort auf die Herausforderungen dieses Jahrtausends. Resilienz, Vernetzung, Gegenseitigkeit, Interkulturalität, Demokratie und Lebensqualität sind die tragenden Säulen eines über die Krise hinaus reichenden Horizonts. Die absolute Notwendigkeit einer neuen Theorie der sozialen Emanzipation steht in enger Verbindung mit dem Ausmaß der ökologischen Krise. Unsere Erde ist heute durch den exzessiven Konsum von Lebensraum massiv gefährdet, und dies gilt nicht nur für die verfügbaren Ressourcen, sondern auch für die Menge an produzierten Rückständen und Abfällen.

Wenn wir die Wirtschaftskrise als Maß und Ursache der ökologischen Krise betrachten, erscheint es nur allzu logisch, dass letztere ohne umfassende Maßnahmen zur Veränderung des international gültigen Gefüges nicht mehr rückgängig zu machende Ausmaße annehmen wird. Deshalb gilt es, neben den Konsummustern auch auf die Produktionsmodelle einzuwirken. Die ökologische Ökonomie liefert dazu eine Vielzahl von Indikatoren mit konkreten und umsetzbaren Lösungen für viele der mit der Krise einher gehenden Probleme. Der Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft erscheint heute als eine der wenigen noch möglichen Alternativen, um Entwicklung mit Rechten und Arbeit zu kombinieren und diese auch für die künftigen Generationen sicherzustellen. Ökologische Effizienz und Suffizienz sind die Basis einer nachhaltigen Wirtschaft, wo Entwicklung auf Umverteilung, Reorganisation, Effizienz und Ersparnis aufbaut und nicht auf einem für die Biosphäre nicht mehr tragbaren Konsum. Wirtschaft ist also nur dann nachhaltig, wenn sie sich nicht nur die Frage nach ökologischer, sondern auch nach sozialer Nachhaltigkeit stellt. Menschen- und Umweltrechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten und zur Basis von Werten und Überzeugungen eines neuen zivilisatorischen Paradigmas werden. Die Befreiung des Menschen ist untrennbar mit der Befreiung von Mutter Erde verbunden.

Die neuen politischen Verfassungen von Bolivien und Ecuador enthalten zum ersten Mal in der Geschichte eine Anerkennung der Rechte der Natur und das Prinzip des *Buen Vivir* als ethisch-moralisches Grundparadigma. Ausgehend von der in den letzten 20 Jahren massiv einsetzenden Mobilisierung der indigenen Völker und der Landbevölkerung als Hauptakteure der ökologischen Widerstandsbewegung der Armen bezeichnen sich diese Länder heute als plurale und pluralistische Gesellschaften, in denen ethisch-moralische Prinzipien und Werte wie das „ama qhilla“, „ama llulla“, „ama suwa“ (nicht faul sein, nicht lügen, nicht stehlen), das „suma qamaña“ oder „sumak kawsay“ (*vivir bien* oder *buen vivir*, also gutes Leben), das „ñandereko“ (ein harmonisches Leben leben), das „teko kavi“ (ein gutes Leben leben), das „ivi maradi“ (Erde ohne Übel) und das „qhapaj ñan“ (edler Weg oder edles Leben) gefördert werden.

Die Aufnahme von Werten wie *sumak kawsay* oder *suma qamaña* in die neuen Staatsverfassungen von Ecuador und Bolivien bietet eine konkrete Möglichkeit zur Anerkennung eines alternativen Gesellschaftsmodells im Sinne der indigenen Völker, die bisher von den Machteliten immer ausgegrenzt oder ignoriert wurden.

Die durch diese Verfassungen aufgezeigten konkreten Lösungen für die internationale Krise sind ein enormer Fortschritt in Richtung Entkolonialisierung und nicht mehr nur auf westlichen Werten aufbauendes Denken. Die „praxi“ des *buen vivir* bricht mit der kulturellen Gleichschaltung im Sinne eines einzigen Staats-, Denk- und Politikmodells, aber auch – auf theoretischer Ebene – mit der aristotelischen und biblischen Sicht des „guten Lebens“, welches ausschließlich auf den städtischen Kontext der *polis* bezogen wird und alles darüber Hinausgehende als „unzivilisiert“ ansieht. Diese mechanizistisch geprägte Philosophie führt über die Trennung von Mensch und Natur, Subjekt und Objekt hin zur „kulturellen“ Trennung als Rechtfertigung für die Degradierung der Natur zum Wirtschaftsgut, wie wir sie heute erleben. Darin liegt auch das Grunddilemma unserer heutigen Gesellschaft: hilflose Erde oder Mutter Erde? Das herrschende Modell sieht die Erde als etwas Hilfloses an, während die ökologische Krise die Vernetzung und Verbindung aller Lebewesen ebenso aufzeigt wie das Scheitern unseres auf Konsum und grenzenloser Produktion aufbauenden Lebensmodells, dem Werte wie Gegenseitigkeit, biologische Reproduktion und Resilienz fremd sind.

Das Prinzip des *buen vivir* stellt hingegen eine reale Alternative auf dem Weg zu einer Gesellschaft der Allgemeingüter und einer „Demokratie der Erde“ dar, einen lokalen und gleichzeitig universalen Ansatz, der die Beziehung zwischen Mensch und Natur von einem anderen Standpunkt aus betrachtet und die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrags aufzeigt. Es geht um ein neues Lebensmodell anstelle der nur einer Kultur verhafteten kapitalistischen Weltsicht. Wir sind alle aufgefordert, unsere Beziehungen zur Natur zu überdenken, den Dialog mit der Erde wiederzufinden, den die indigenen Völker nie aufgegeben haben, und die kulturelle Vielfalt vorurteilsfrei und ohne jede Form der Diskriminierung anzuerkennen. Darüber hinaus fordert uns das *Buon Vivir* gerade in der aktuellen Paradigmenkrise der westlichen Zivilisation aber auch auf, das Modell des Nationalstaates zugunsten einer echten, auf Beteiligung und Gemeinschaft aufbauenden Demokratie zu überwinden, das auch jene einbindet, die durch die Krise der repräsentativen Demokratie ausgeschlossen wurden und direkt von den Folgen der sozialen und ökologischen Verarmung betroffen sind.